

Zeitschrift: FRAZ : Frauenzeitung

Band: - (1997-1998)

Heft: 4

Artikel: Feministinnen lernen Lobbying : Einflussnahme in der Wandelhalle

Autor: Mühlberger, Verena

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1053681>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sei es beim Frauenstimmrecht damals oder bei der Mutterschaftsversicherung heute: In der Schweiz scheint die Frauenbewegung mehr Mühe zu haben als anderswo, ihre politischen Anliegen durchzubringen. Machen die Frauen etwas falsch?

4

Hauptthema

Feministinnen lernen

Verena Mühlberger

Einflussnahme in der Wandelhalle

Der 6. Dezember 1992 war für Stella Jegher kein besonderer Freudentag. Über ein Jahr lang hatte sie als Mitglied des Frauenrats für Ausussenpolitik (FrAu) versucht, mit Parlamentarierinnen, Interessengruppen und Basisfrauen einen differenzierten Diskussionsprozess über EWR/EU als Herrschaftsprojekt in Gang zu bringen. Schliesslich verwarf die Schweizer Stimmbewölkerung den EWR-Beitritt der Schweiz. Die Feministinnen des FrAu aber empfanden dieses Nein nicht als verdienten Sieg. Ist das für eine politische Lobby nicht ein eher unübliches Verhalten?

«Lobby, die; (engl.): 1. Wandelhalle im Parlamentsgebäude, in der die Abgeordneten mit Wähler- und Interessengruppen zusammentreffen; 2. Interessengruppe, die (in der Lobby) versucht, die Entscheidung der Abgeordneten zu beeinflussen.»

(Duden)

Im August 1992 gab die FrAu-Arbeitsgruppe «Europa/EG/EWR» ein Grundsatzpapier heraus. Bereits im Vorfeld hatten sich feministische Parlamentarierinnen am Diskussionsprozess beteiligt; sie versuchten dann, ihre Erkenntnisse an andere Fraktionskolleginnen weiterzugeben. Der Kontakt zum Bundeshaus lief vor allem über Christine Goll, die damals noch für die feministische Gruppierung «Frauen Macht Politik FraPI!», der auch Stella Jegher angehört, im Bundeshaus sass. So diente das Papier der FrAu unter anderem als Grundlage in Golls Begleitgruppe, einer Arbeitsgruppe von FraPI-Frauen und Expertinnen. In diesem Rahmen führten sie nicht nur inhaltliche Auseinandersetzungen, sondern entwickelten auch Strategien, wie den gegnerischen Argumenten sowie den Vorwürfen aus den eigenen Reihen zu begegnen sei.

Ende August 1992 fand im Bundeshaus die Sondersession zum Thema EWR statt. Dort bemühten sich Christine Goll sowie einige SP- und GP-Nationalrätinnen aufzuzeigen, was der

EWR ist – mit oder ohne Schweiz: Ein Wirtschaftsprjekt, das von weissen Männern für weisse Männer geschaffen worden ist. «Genau das ist uns nicht gelungen», sagt Christine Goll rückblickend: «Wir wurden sehr früh auf unseinen Positionen festgenagelt und die Debatte auf die Frage 'Ja oder Nein zum Beitritt' reduziert. Es fand eine extreme Polarisierung statt zwischen dem wirtschaftsfreundlichen Ja von FDP und SP einerseits und dem nationalistischen Nein der SVP andererseits, so dass die feministische Nein-Position gar nicht an die Öffentlichkeit durchdrang.» Auch in der Parlamentslinken wurden Goll und ihre Mitstreiterinnen ins Lager der reaktionären «Neinsager» gedrängt: SP und Gewerkschaften wollten keine wirkliche Diskussion über den EWR führen,

sondern in erster Linie eine Kampagne zur Isolierung von Christoph Blocher.

Stella Jegher zieht einerseits eine positive Bilanz: «Unsere theoretische Vorarbeit wurde von einigen Parlamentarierinnen aufgegriffen und weiterverbreitet.» Ihr politisches Unbehagen am 6. Dezember begründet sie andererseits wie folgt: «Möglicherweise haben wir tatsächlich auf das Resultat Einfluss genommen, aber ohne dass die Botschaft, die wir transportieren wollten, hinübergekommen wäre. Ursprünglich wollten wir im Frauenrat keine Ja/Nein-Debatte, sondern eine Diskussion über mögliche Alternativen europäischer Politik. Es zeigte sich aber schnell, dass das unmöglich war.»



Rita Blättler, Sekretärin der OFRA Schweiz bis Sommer 1997

Lobbying



Fotos: Cristina Zilloli

Lobbying mit Erfolg: Brigitta Hauser-Süess, CVP-Frauenpräsidentin

Was hat dazu geführt, dass die Feministinnen mit ihrer differenzierten und komplexen Nein-Parole so leicht in die isolationistische Ecke getrieben werden konnten? Haben differenzierte, nicht plakative Positionen vor Volksabstimmungen keinen Platz? War diese Art von politischer Einflussnahme gar keine eigentliche Lobbyarbeit, weil sie die realpolitischen Dynamiken zu wenig berücksichtigte?

«Wir Feministinnen lehnen die herkömmlichen Methoden des Lobbying ab: Vetterliwirtschaft, Anbiederung, Rücksichtslosigkeit. Solche Lobbypolitik ist ein hartes System, das Menschen fertig macht.»

(Rita Blättler, bis im Sommer 1997 Sekretärin der OFRA)

Für Feministinnen in der Schweiz hatte das herkömmliche Lobbying lange etwas Anrüchiges, mit dem sie sich die Finger nicht beschmutzen wollten. Sie bedienten sich aber durchaus anderer Formen, um die Lobby für ihre Anliegen zu verstärken: Flugblätteraktionen, Demonstrationen, Informationsveranstaltungen, Medienauftritte. Feministinnen im angelsächsischen Raum hingegen verstehen klassisches Lobbying schon lange als die normale Form, sich Gehör zu verschaffen.

Christine Goll ist eine dezidierte Lobbyistin: «Lobbying ist Knochenarbeit», sagt sie, «es beinhaltet sowohl alle Formen von Öffentlichkeitsarbeit wie auch die direkte Einflussnahme auf Parteien, Parlamentarier, Parlamentarierinnen, Kommissionen.» Seitdem sie im Nationalrat sitzt, hat die frühere FraP!-Frau ihre

Berührungsängste gegenüber bürgerlichen ParteivertreterInnen abgelegt, sie hat die taktischen Spiele und wechselnden Bündnisse, die in Bern zum Alltag gehören, kennen und nutzen gelernt.

Auch Stella Jegher setzt Lobbying bei ihrer politischen Arbeit in feministischen Gruppierungen und als Friedensaktivistin gezielt ein: «Ich sehe Lobbying in eine Art Arbeitsteilung zwischen Frauen eingebettet, in der die einen im Parlament, die anderen ausserhalb Politik machen.» Die EWR-Erfahrung hat für sie die Grenzen dieser Arbeitsteilung sichtbar gemacht: «Wir müssen als Frauen in Nicht-Regierungs-Organisationen bei der Wahl unserer Strategien miteinberechnen, dass das, was wir an Positionen ins Parlament oder anderswo in die institutionelle Politik einzubringen versuchen, in den allermeisten Fällen verändert oder verwässert wird. Das ist strukturell bedingt und nicht zu ändern – auch durch Feministinnen im Parlament nicht.»

«Lobbying ist ein Game, das bestimmte Ressourcen, auch finanzielle, voraussetzt. Feministinnen müssen zuerst die Spielregeln kennenlernen, erst dann können sie ihre eigenen Formen finden.»

(Rita Blättler)

Auch für viele bürgerliche Frauen ist Lobbying etwas Neues. Dies hat mitunter historische Hintergründe: Nirgends in Westeuropa mussten die Frauen so lange warten, bis sie als volle Bürgerinnen akzeptiert wurden. Vor der Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1971 waren es die traditionellen Frauenverbände, welche die Frauen in der Politik vertraten. Sie hatten vor allem soziale Aufgaben: Fürsorge, Sittlichkeit, Bildung. Personell waren sie stark mit den herrschenden Parteien verhängt und setzten sich – mit Ausnahme der Frauenstimmrechtsvereine – kaum einmal für die staatsbür-

gerlichen Interessen der Frauen ein. Auch der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF), ein Zusammenschluss von über 160 Gruppierungen und Vereinen verschiedener Couleur sowie von 500 Einzelmitgliedern (darunter zahlreiche Parlamentarierinnen aus allen Parteien), stellte nie in Frage, dass das Reich der Frauen im privaten Bereich liegt.

Seither haben sich traditionelle Frauenorganisationen und Feministinnen der zweiten und dritten Generation thematisch längst angenähert: Mit Humangenetik, Neuer Armut, Teilzeitarbeit, straflosem Schwangerschaftsabbruch und Mutterschaftsversicherung beschäftigen sich die einen wie die anderen. Neuerdings haben bürgerliche Politikerinnen begonnen, sich in frauenpolitischen Anliegen mit Vertreterinnen anderer Parteien oder Gruppierungen zu verbünden.

In der Öffentlichkeit wurde dies 1995 zum ersten Mal wahrgenommen, als sich Exponentinnen aller Bundesratsparteien an einen Tisch setzten und einen gemeinsamen Vorschlag zur Mutterschaftsversicherung präsentierten. Das Vorgehen sorgte für Aufruhr: Viele bürgerliche Politiker, die anhand der Mutterschaftsversicherung ein Sparexempel statuieren wollten, fühlten sich von ihren Parteikolleginnen vor den Kopf gestossen.

«Für mich heisst Lobbying ein Netz finden, in dem man sich gemeinsam für etwas einsetzt. Für mich kommt es nicht drauf an, mit wem ich mich engagiere, sondern wofür.»

(Brigitte Hauser-Süess,
Präsidentin der CVP-Frauen)

Zwei Jahre später warten wir immer noch auf eine Mutterschaftsversicherung. Unterdessen sind die meisten FDP-Frauen aus der Arbeitsgruppe ausgeschert, und auch bei der SVP ist kaum eine übrig, die sich noch für das gemeinsame Projekt einsetzt. Offensichtlich sind



Bündnispartner suchen: Dorothee Wilhelm von der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit

die Frauen von ihren Parteikollegen zurückgepfiffen worden – die Finanzierung der Sozialversicherungen ist in den letzten zwei Jahren zum wichtigsten ideologischen Streitpunkt der Parteistrategen geworden.

Doch eine bürgerliche Frau hat nicht aufgegeben: Brigitte Hauser-Süess, Präsidentin der CVP-Frauen. «Wir brauchen eine Mutterschaftsversicherung. Da diese kaum über Lohnprozente finanzierbar sein wird, versuchen wir es jetzt über die Erwerbssersatzordnung.»*) Im Moment ziehen die CVP-Frauen in dieser Frage mit der SP am gleichen Strick.

Im Kampf für eine Mutterschaftsversicherung haben Linke und Feministinnen schon viele Abstriche gemacht. Sie liessen ihre Forderung nach einem Elternurlaub fallen, sie akzeptierten die «Geburtsprämie» für nicht erwerbstätige Frauen, sie erklärten sich bereit, andere Finanzierungsformen als durch Lohnprozente in Betracht zu ziehen. «Das alles nützte nichts, weil sich die bürgerlichen Frauen untereinander nicht zu einem Konsens durchringen konnten», sagt Rita Blättler, die als Sekretärin der OFRA Schweiz an den Diskussionen teilnahm. Es sei aber trotzdem nicht alles umsonst gewesen: «Als feministische Organisation hatten wir die Funktion, Gegenpositionen zu vertreten und Visionen auszusprechen. Wir genossen eine Art Narrenfreiheit, weil wir ja nicht an eine Partei gebunden waren. Damit konnten wir indirekten Einfluss auf die anderen Frauen ausüben; der BSF zum Beispiel hat einige unserer Positionen aufgegriffen.»

Dies bestätigt Margrit Siegenthaler-Reusser, Geschäftsführerin des BSF, und relativiert es gleichzeitig: «Extreme Feministinnen bringen Themen oft sehr aggressiv vor; wenn wir es dann gemässiger formulieren, können es unsere Mitglieder eher akzeptieren.» Auch für sie haben sich die alte und die neue Frauenbewegung angenähert. Doch im Gegensatz zur CVP-Frauenpräsidentin Brigitte Hauser-Süess will sich die Geschäftsführerin des grössten schweizerischen Frauenverbandes weiterhin von den Feministinnen abgrenzen: «Wir präsentieren die Sachen einfach anders: staatsbürgerlich. Wenn es um ein wichtiges Thema geht, veranstalten wir Pro/Contra-Diskussionen, damit sich die Leute eine eigene Meinung bilden können.» An einer solchen kontradiktorischen Veranstaltung durfte der schärfste Gegner einer Mutterschaftsversicherung, Peter Hasler, Direktor des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, zu Wort kommen. Der BSF war immer für eine Mutterschaftsversicherung mit Leistungen für erwerbstätige und nicht-erwerbstätige Frauen; zum neuen Bundesratsentwurf hat er sich noch nicht offiziell geäußert.

«Wir kommen am Lobbying nicht vorbei, weil wir die Macht nicht haben. Doch wir müssen andere Strategien entwickeln: Nur Organisationen, die zum Machtkartell gehören, können über ihre Strukturen lobbyieren.»
(Elisabeth Joris, Historikerin,
Mitglied der FraP!)

Brigitte Hauser-Süess und Margrit Siegenthaler-Reusser geniessen einen grossen Vorteil: Sie haben mächtige Organisationen im Rücken – die eine, eine staats- und wirtschaftstragende Partei, die andere einen grossen, parteiübergreifenden Verband, der als Interessengruppe wahrgenommen wird und in zahlreichen Fachkommissionen Einsitz hat. Diesen Unterschied hat Rita Blättler als OFRA-Sekretärin immer wieder zu spüren bekommen. So wurde die OFRA kein einziges Mal eingeladen, eine Vertreterin in eine Kommission zu schicken. Rita Blättler hofft, dass die für das nächste Jahr geplante Frauenkoalition**) in Zukunft ein stärkeres Gegengewicht darstellen wird.

Bis dahin bleibt den Feministinnen, wollen sie politischen Einfluss nehmen, vor allem der nicht-institutionelle Weg. «Lobbying setzt informelle Kontakte voraus. Ich habe viele persönliche Kontakte zu bürgerlichen Frauen, doch als Elisabeth Joris, nicht als erklärte Feministin oder FraPI-Frau», sagt die Historikerin. Auch bei Männern funktioniert Lobbying grösstenteils über informelle Kontakte. Doch Männerseilschaften haben seit jeher einen anderen Charakter: Sie entstehen in öffentlichen Räumen, beim Militär, im Sportverein oder über den Beruf. Frauenzusammenhänge hingegen beruhen traditionellerweise auf Familie oder Freundschaft. «Eine sachliche Auseinandersetzung unter Frauen ist schwierig», erklärt Elisabeth Joris, «wenn eine Vermischung zwischen öffentlichen/informellen und persönlichen Kontakten stattfindet. Männer funktionieren viel abgegrenzter».

«Lobbying ist nicht-öffentliche Machtausübung, also undemokratisch. Als Feministinnen müssen wir – mit unserer eigenen Art von Lobbying – dafür sorgen, dass das Lobbying der Machtkartelle offengelegt wird und nicht mehr so einfach funktioniert.»

(Elisabeth Joris)

Eine erfolgreiche Lobbyistin ist die CVP-Frauenpräsidentin Brigitte Hauser-Süess. Sie ist daran, ihre Partei davon zu überzeugen, dass die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs nicht angemessen ist. Dafür lobbyiert sie auf höchster Ebene: Bei jeder Parlamentssession verbringt sie mindestens einen Tag pro Woche in der Wandelhalle des Bundeshauses. Zudem reist die Präsidentin der CVP-Frauen von Ort zu Ort und bringt ihre Argumente an Veranstaltungen, Podiumsgesprächen oder Parteisitzungen vor. So ist es ihr gelungen, in der ganzen Partei – auch mit den Männern – eine offene Diskussion zu initiieren über ein Thema, das bisher als absolutes Tabu galt.

Das Geheimnis ihres Erfolges? «Am wichtigsten sind mir die persönlichen Gespräche.» Seit Jahren pflegt die Walliserin ein breites Netz von Kontakten zu ganz verschiedenen Frauen und insbesondere zu Feministinnen. Mit Hilfe dieses Netzes bildet sie sich ihre Meinung, und sobald sie selbst von einer Sache überzeugt ist, bearbeitet sie die ExponentInnen ihrer Partei.

Der nächste Prüfstein für Brigitte Hauser-Süess ist die Mutterschaftsversicherung: Mit

der SP, den Gewerkschaften und einigen feministischen Gruppierungen als einzigen Bündnispartnerinnen dürfte es nicht leicht sein, die Wirtschaftsvertreter in ihrer Partei zu überzeugen. Doch bisher hat die Lehrerin aus Brig bei Frauenanliegen Rückgrat gezeigt. Sie ist, im Gegensatz etwa zu Margrit Siegenthaler-Reusser vom BFS, 1991 für den Frauenstreik eingetreten und später auch für die Quoteninitiative. Vielleicht ist diese klare Haltung nur möglich, weil ihre Partei dem «C» (für «christlich») verpflichtet ist, und von ihren Mitgliedern eine grössere Sensibilität für soziale Fragen erwartet werden kann. Frauen seien mutiger als Männer, vermutet Brigitte Hauser-Süess: «Frauen können einfach unabhängiger politisieren als Männer, weil sie weniger direkt mit Wirtschaftsinteressen verhängt sind.»

«Lobbyieren ist wie schauen, ob du ein Päckchen auf einen Zug legen kannst, der bereits in eine gewünschte Richtung fährt. Das heisst: Bündnispartner suchen, die mächtiger sind in bezug auf ein bestimmtes Anliegen.»

(Dorothee Wilhelm,
cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit)

Wichtige Erfahrungen in Lobbying machten Schweizer Feministinnen 1995 anlässlich der UNO-Frauenkonferenz in Beijing. In der Vorbereitungsgruppe sasssen Vertreterinnen aus ganz verschiedenen Regionen, Parteien und Gruppierungen, die alle versuchten, ihre Themen möglichst verbindlich einzubringen. Für Dorothee Wilhelm, die als Mitarbeiterin der cfd-Frauenstelle friedenspolitische Anliegen vertrat, war das nicht immer einfach: «Am Vorbereitungstreffen in Wien musste bei jeder Arbeitsgruppe eine Frau dabei sein, die die UN-Codes beherrscht. Wenn du nämlich in der UNO etwas erreichen willst, musst du UN-kompatibel formulieren. Zum Beispiel muss es heissen: 'wir empfehlen', und nicht 'wir fordern'. Regional gefärbte Erfahrungsberichte in überregionale Dokumentensprache zu übersetzen,

Anni Lanz lobbyiert für frauenspezifische Fluchtgründe im Asylrecht



war für uns sehr aufwendig. Ausserdem färbt so etwas ab. Wenn du eine Maschine bedienst, nimmst du immer ein bisschen ihre Form an.» Ein kleines Hilfswerk wie der cfd ist auf die Zusammenarbeit mit kleinen und grossen BündnispartnerInnen angewiesen, um an einer Weltfrauenkonferenz Einfluss nehmen zu können. Demgegenüber konnte der BSF eine eigene Vertreterin in die offizielle Delegation schicken. In diesem Kraftfeld blieben wichtige Forderungen des cfd und anderer Organisationen auf der Strecke: zum Beispiel die Anerkennung von frauenspezifischen Fluchtgründen.

«**Es ist unsere Rolle als NGO, einzuschätzen, in welchen Momenten wir das Lobbying beenden sollten und zu einer anderen Aktionsform bis hin zum Widerstand übergehen.**»
(Dorothee Wilhelm)

Bei der Asylgesetzrevision fiel im Parlament die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe ebenfalls heraus. Das will Anni Lanz, Sekretärin der Bewegung für eine offene, demokratische und solidarische Schweiz (BODS) nicht hinnehmen. Sie macht, wie sie selbst sagt, zum ersten Mal echtes Lobbying: «Ich versuche, mit allen Entscheidungsträgern im Parlament persönlich zu reden, um sie mit meinen Argumenten zu überzeugen. Zuerst habe ich die SP-Politiker angerufen, das war am einfachsten. Jetzt nehme ich mir die Schwierigeren vor: von den CVP- bis zu den SVP-Vertretern. Das erste Mal hatte ich Herzklopfen, als ich einem bürgerlichen Ständerat telefonierte, vor allem weil er auch noch Jurist war. Doch ich machte eine gute Erfahrung: Immerhin hat er mir eine Art Kompromiss vorgeschlagen, wie man die frauenspezifischen Fluchtgründe berücksichtigen könnte.»

Feministinnen in der Schweiz haben begonnen, Erfahrungen mit Lobbying zu sammeln und neue Bündnisse auszuprobieren. Ihre Berührungängste gegenüber Frauen aus an-

deren Lagern hindern sie aber oft noch daran, spielerisch damit umzugehen: Lobbying setzt eine genaue Analyse der Machtverhältnisse voraus. Die Erkenntnisse aus der EWR-Abstimmung und andere Erfahrungen zeigen, dass Feministinnen eigene Formen von Lobbying entwickeln müssen – auch, wenn der Erfolg selten unmittelbar messbar ist. Findet die Frauenbewegung, wie kürzlich bei der Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs, für eine alte Forderung endlich breite Unterstützung, dann ist es meistens das Resultat eines langen, gemeinsamen und vielschichtigen Bewusstwerdungsprozesses. Das Frauenstimmrecht wurde ja auch nicht im ersten Anlauf eingeführt.

*) In der jüngsten Herbstsession debattierte das Parlament die Frage, was mit den übrigbleibenden Geldern der Erwerbersatzordnung passieren solle (es gibt immer weniger Armeeangehörige zu entschädigen). Während der Bundesrat vorschlug, sie der IV zukommen zu lassen, wollten die SP und die CVP-Frauen damit die Mutterschaftsversicherung finanzieren. Sie unterlagen sowohl im Ständerat wie auch im Nationalrat mit ihrem Vorhaben.

**) Der Geschichte der OFRA Schweiz und der geplanten Frauenkoalition ist in dieser Nummer der Artikel von Marie-Therese Langenstein gewidmet.

Verena Mühlberger ist Inlandredaktorin bei der WoZ.

Cristina Zilioli ist Fotografin und lebt in Zürich. Dieser Artikel wurde ermöglicht durch einen finanziellen Beitrag des Frauenzentrums Zürich.

INSERAT

TERRE DES FEMMES
Buchkalender für Frauen
Planerin 1998

- im außergewöhnlichen A5-Format
- jede Woche auf einer Seite
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- umweltfreundlicher Schutzumschlag
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte
- Anhang mit Adressen, Notizblättern, Terminen
- DM 19,80, ÖS 14,5, SFR 19,80
- Erscheint im August 1997
- ISBN 3-89410-162-8



TERRE DES FEMMES E.V.
Postfach 25 65, 72015 Tübingen
Tel. 0 70 71-79 73-0 • Fax 0 70 71-79 73-22

MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU

FGS
Frauenbewegung Schweiz

Frauen handeln in der Perspektive einer sozial und ökologisch verantwortbaren Wirtschaftsweise
Kritische und engagierte Frauen organisieren sich!

FGS-Blätter
zu
Arbeit und
Arbeitslosigkeit
Feminismus
Ökologie
etc.

bestellen bei

FGS Postfach 8207 3001 Bern 031/311 95 26

Erika Bachmann
Annamaria Traber
Bosshardengässchen 1
8400 Winterthur
Tel. 052/202 81 21
Fax. 052/202 81 25
Finanzen
und Immobilien
Beraten
Betreuen
Verwalten

zifferElle

Frauen - Sicht heisst rund - um - geschaut
zifferElle ist ein Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen im Bereich Finanzen und Immobilien.
Wir richten uns gezielt an Unternehmerinnen und an Frauen im Privatbereich.

Unsere Dienstleistungen:

- Liegenschaftenverwaltung
- Verwaltung von Stockwerkeigentum
- Vermittlungen von Wohnungen und Wohneigentum
- Buchhaltung
- Budgetberatung
- Steuererklärung
- Versicherungen
- Personalbereich
- Fragen zu finanziellen Regelungen in freier Partnerschaft
- usw.

Haben Sie Fragen dazu? Wir beantworten Sie aus Frauensicht.

Wir setzen unser Fachwissen und unsere Erfahrung ein. Sie können dadurch Ihre Kräfte auf Ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren.